

- Teilen
- Drucken
- Als PDF speichern

[Zurück zur Übersicht](#)
[Pressemitteilung](#)

Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau veröffentlicht weitere Stellungnahme zum „Zwischenbericht Teilgebiete“ der Bundesgesellschaft für Endlagerung

14.06.2021



Stockwerk-Fotodesign - stock.adobe.com

Das Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau (LGRB) des Regierungspräsidiums Freiburg (RP) hat am Montag eine vertiefte Stellungnahme zum „Zwischenbericht Teilgebiete“ der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) veröffentlicht. Wie das RP mitteilt, untermauere diese detaillierte Bewertung die Aussagen der ersten Stellungnahme des LGRB, die bereits im Februar veröffentlicht wurde.

Im Auftrag des Landes Baden-Württemberg hat das Landesamt die fachliche Begleitung des Auswahlprozesses zur Standortsuche für ein Endlager für hochradioaktive Abfälle in Deutschland übernommen. Der im September 2020 veröffentlichte Zwischenbericht der BGE führt bundesweit 90 Teilgebiete auf, die günstige geologische Voraussetzungen für die sichere Endlagerung hochradioaktiver Abfälle erwarten lassen. Vier dieser Teilgebiete befinden sich in Baden-Württemberg und erstrecken sich über 47 Prozent der Landesfläche. Betroffen sind 39 von 44 Stadt- und Landkreisen im Land. Nicht in Frage kommen demnach der Bodenseekreis, die Stadtkreise Karlsruhe und Mannheim sowie die Landkreise Lörrach und Tübingen.

„In der aktuellen Stellungnahme haben wir der BGE mit unserer regionalgeologischen Expertise zahlreiche Hinweise zu regionalen und lokalen Besonderheiten in Baden-Württemberg gegeben, die im nun folgenden Schritt, der Festlegung der Standortregionen, berücksichtigt werden sollten“, erklärt Prof. Jörg-Detlef Eckhardt, Leiter des LGRB. So werden die zahlreichen aktiven geologischen Störungen im Randbereich des Oberrheingrabens thematisiert. Zudem gibt das Landesamt der Bundesgesellschaft wichtige Hinweise zur Zusammensetzung und Verbreitung des potenziellen

Wirtsgesteins Kristallin im Untergrund von Nordwürttemberg. Angesprochen werden auch Mächtigkeit und Verbreitung des potenziellen Wirtsgesteins Opalinuston. Darüber hinaus gehen die Fachleute des LGRB trotz der globalen Klimaerwärmung von möglichen Eiszeiten im endlagerrelevanten Zeitraum aus. Solche Vereisungen könnten Auswirkungen auf ein Endlager haben und seien deswegen bei der Ausweisung der Standortregionen zu berücksichtigen.

„Ziel der Landesregierung ist es, die Suche nach dem besten und damit sichersten Standort des Endlagers in Deutschland zu unterstützen“, betont Regierungspräsidentin Bärbel Schäfer. Das LGRB werde den weiteren Prozess mit seiner Expertise konstruktiv begleiten. Die Bundesregierung plant, den Standort des Endlagers bis 2031 festzulegen.

Das LGRB erstellt seit mehr als 15 Jahren Computermodelle, die einen virtuellen Blick in den Untergrund bis in einige 1000 Meter Tiefe erlauben. Der BGE hat es ein dreidimensionales Landesmodell von Baden-Württemberg sowie detaillierte Modelle aus verschiedenen Regionen zur Verfügung gestellt.

Zur vertieften Stellungnahme des LGRB: <https://www.lgrb-bw.de>

Kategorie:

Geologie, Rohstoffe, Bergbau

Pressestelle

Kaiser-Joseph-Straße 167
79098 Freiburg
pressestelle@rpf.bwl.de



Heike
Spannagel
Pressesprecherin
0761208
1038
E-Mail
schreiben



Matthias
Henrich
Stellv.
Pressesprecher
0761208
1039
E-Mail
schreiben